

Haushaltsrede 2009

„Schwalbach nur Mittelmaß“

Die in 2008 gewählte Bürgermeisterin Christiane Augsburger (SPD) legte ihren ersten Haushaltsplan vor. Für die UL wäre dieser Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2009 zustimmungsfähig gewesen. Aber die Mehrheitskoalition von CDU und GRÜNEN nahm so gravierende Änderungen vor, so dass die neuen Zahlen abgelehnt wurden. Im Folgenden die leicht gekürzte Rede des Fraktionsvorsitzenden der Unabhängigen Liste, Günter Pabst, zum Haushaltsplan 2009 in der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2008.

Enttäuschte Kinder und Eltern

„Ich möchte meine Ausführungen mit einem Dialog zwischen einem Kind und seiner Mutter beginnen, der in diesen Tagen so oder ähnlich in vielen Familien stattgefunden hat:

Jonas: Mama, warum darf ich nicht in das Schulkinderhaus, der Marco ist doch auch dort?

Mutter: *Ich habe dich ja angemeldet, aber es ist kein Platz mehr frei.*

Jonas: Aber der Marco hat erzählt, dass auf der Moos-Etage noch sehr viel Platz ist.

Mutter: *Ja und die Bürgermeisterin und der Magistrat wollten auch die Etage erweitern und dann hättest du auch einen Platz bekommen.*

Jonas: Und warum bekomme ich jetzt doch keinen Platz?

Mutter: *Weil die Mehrheit der Politiker das Geld gestrichen haben.*

Jonas: Warum haben sie das Geld gestrichen?

Mutter: *Die Politiker aus den Parteien von CDU, Grünen und FDP sagen, dass sie nicht alles finanzieren können und man dürfe nicht so viele Schulden machen, damit die nachfolgende Generation nicht so belastet würde.*

Jonas: Was kostet denn die neue Etage?

Mutter: *In der Zeitung stand etwas von 130.000 € für den ersten Bauabschnitt und ab 2010 steht das Gebäude des Kleingärtnervereins Rohrwiese nicht mehr zur Verfügung, sodass für einen zweiten Bauabschnitt noch einmal 130.000 € anfallen.*

Jonas: Aber 260.000 € ist doch nicht so viel. Die Banken und Opel bekommen doch vom Staat viel mehr. Warum bekommen wir nichts?

Darauf kann oder will die Mutter nicht mehr antworten, weil sie ihren Ärger auf die Politiker nicht vor ihrem Kind Luft machen will.

Wir lassen ein Kind zurück, das nicht versteht, dass es nicht gleichbehandelt wird. Wir lassen eine ratlose Mutter zurück, die nicht weiß, wie sie ihre Berufstätigkeit mit der Betreuung ihres Kindes in Übereinstimmung bringen kann. Wir lassen ratlose und verärgerte Eltern zurück, die im Bürgermeisterinnenwahlkampf noch voller Hoffnung waren, da sich alle Parteien und insbesondere die Kandidatinnen positiv zur Betreuung im Schulkinderhaus geäußert haben. Aber davon ist heute bei CDU/GRÜNEN und FDP nicht mehr die Rede. Auch dies ist eine Form von Wortbruch. Und einige hier im Saal beugen sich zähneknirschend der Fraktionsdisziplin.

Es ist eine paradoxe Situation. Seit gut einem Jahrzehnt wird uns allenthalben gepredigt, nur der freie Markt kann die Globalisierung bewältigen, staatliche Leistungen müssen zurückgefahren werden, es muss privatisiert werden, der Arbeitsmarkt muss dereguliert werden, die Unternehmen müssen entlastet werden und weiteres mehr, was die neoliberale Politik den Bürgern zugemutet hat. Und dann der große Crash, die Seifenblase ist geplatzt. Die Zeche zahlen aber die Bürger und die nachfolgende Generation. Da werden Milliardenbeträge hin- und hergeschoben, aber Geld für Investitionen in die Zukunft der Kinder ist angeblich nicht da.

Die Bürgermeisterin hat in ihrer Haushaltsrede Nestroy zitiert: „Die Phönizier haben das Geld erfunden, warum bloß so wenig?“. Liebe Frau Augsburger, dieses Zitat führt in die Irre. Es ist nicht zu wenig Geld vorhanden, im Gegenteil, es ist genug Geld vorhanden – im Moment werden wir ja täglich Zeuge, wie

Geld regelrecht „verbrannt“ wird. Ich sage, im Gegensatz zu Nestroy, es ist genug Geld vorhanden, es ist nur falsch verteilt.

Es ist daher überhaupt nicht zu verstehen, wenn als Argument für die Verweigerung der Erweiterung des Schulkinderhauses die angebliche Belastung der nachfolgenden Generation herangeführt wird. Nein, diese Argumentation stimmt hinten und vorne nicht. Die Politiker, die nicht ausreichend in den Sozial- und Bildungsbereich investieren, machen sich schuldig an der Zukunft der Kinder.

Jedes Kind in Schwalbach hat ein Recht auf eine gute Förderung seiner Fähigkeiten und die Entwicklung seiner Anlagen. Jede Mutter und jeder Vater hat ein Recht darauf, dass sie Familie und Beruf, ohne Schuldgefühle, miteinander vereinbaren können.

Als ich den Magistratsentwurf zum Haushaltsplan 2009 durchgearbeitet hatte, hatte ich für einen Moment die Vorstellung, dass, so wie in Bad Soden, alle Fraktionen dem Haushaltsplan mit einigen wenigen Änderungen zustimmen könnten.

Für die UL wäre dieser Magistratsentwurf zustimmungsfähig gewesen. Aber CDU/GRÜNE nehmen an einigen Stellen so gravierende Änderungen am Magistratsentwurf vor, denen wir nicht zustimmen können.

Konsens in einigen Punkten

Sicher es gibt auch ein paar Punkte, da sprang die Koalition über ihren Schatten und hat ihre Zustimmung nicht verweigert oder es ergab sich ein fraktionsübergreifender Konsens:

So z.B. bei den UL-Anträgen:

- die Erhöhung des Städtepartnerschaftsetats;
 - die Erhöhung des Etats für den Stadtarchivar;
 - der Förderpreis für Künstler (und ich hoffe, dass er im nächsten Jahr auch tatsächlich verliehen wird);
 - die Sanierung des Haus der Vereine;
- beim Magistratsvorschlag:
- die Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder in die Einrichtung „Kinderzeit – Gutezeit“ geben;
- und bei den gemeinsamen Vorschlägen aller Fraktionen:
- die Sanierung des Taunusbades;
 - die neue Stelle für einen Streetworker;
 - die rückwirkende Förderung der Baumaßnahme des Turnvereins mit 56.000 €.

Übereinstimmung gibt es auch bei der Festlegung von Sperrvermerken. Aber dann ist es auch schon vorbei mit dem Konsens.

Prävention ist das beste Sicherheitskonzept

In diesem Haushalt finden sich einige Positionen, die das Sicherheitskonzept für den Marktplatz verstärken. Wir können auch der Einstellung eines weiteren Hilfspolizisten und der Verstärkung der Fußstreife durch einen privaten Sicherheitsdienst zustimmen. Nicht zustimmen können wir der Manie, den gesamten Marktplatz mit einer Video-Überwachung zu überziehen.

Für die UL liegt das beste Sicherheitskonzept in der guten Förderung der Kinder und Jugendlichen. Alle Fachleute betonen landauf und landab wie wichtig diese Förderung ist. Regelmäßig bekommen wir die Zeitungsmeldungen über das schlechte Abschneiden der hessischen Kinder im Bildungsranking vorgesetzt. Jüngste Meldung: beim Lesen schneiden hessische Kinder im Vergleich zu anderen Bundesländer sehr schlecht ab. Jeder der sich ein bisschen mit Pädagogik beschäftigt weiß, dass eine Verbesserung in diesem Bereich nicht allein im schulischen Bereich erfolgen muss. Die Förderung muss schon sehr viel früher ansetzen. Die Kindergärten müssen qualitativ besser ausgestattet werden. Erzieher und Erzieherinnen müssen die Möglichkeit haben, sich auch individuell mit einzelnen Kindern zu beschäftigen und sie müssen intensive Elternarbeit leisten können.

Es ist dem Städtetag in seiner Stellungnahme von Anfang Dezember zuzustimmen, dass die Kommunen die besten Bildungsträger für die Kinder sind. Sie dürfen daher auch nicht alleine gelassen werden, wenn es um die Finanzierung dieser Aufgaben geht.

Die jetzige Kindergeneration kann nicht warten, bis die Finanzierungsfragen zwischen den staatlichen Ebenen von Bund, Land und Kreis geregelt sind. Sie haben ein Recht auf eine Förderung heute. Dies sind Aufgaben, die nicht aufgeschoben werden dürfen und wenn die Landes- und Bundesebene die Gemeinden und Städte nicht ausreichend mit Finanzmitteln versorgt, dann müssen die Gemeinden und Städte voranschreiten.

Die Koalition aus CDU/GRÜNE und im Schlepptau auch die FDP verweigert hier eine zukunftsbezogene Politik im Interesse der Kinder:

- sie verweigern die Anhebung der Personalstellen im Kindergartenbereich, die Rückkehr zum „Schwalbacher Standard“ (1,6 Stellen auf 2 Stellen pro Gruppe);
- sie lehnen es ab, die Arbeit des Spielmobils mit einer halben Stelle zu stärken;
- sie lehnen eine Ausweitung der Öffnungszeiten des Jugendzentrums und die sich daraus ergebenden personellen Konsequenzen ab;
- die minimale Erhöhung der Etats für Leseförderung (10.000 €) wird abgelehnt.

Kulturarbeit muss mehr sein als nur eine minimale Grundversorgung

Abgelehnt haben CDU/GRÜNE/FDP und SPD auch eine von der UL geforderte Erhöhung des Etats der Kulturkreis GmbH. Vielleicht haben sie sich durch die Rede der Bürgermeisterin verwirren lassen. Sie erwähnte in ihrer Rede, dass die Zuschüsse an die Kulturkreis GmbH ca. 700.000 € betragen. Liebe Frau Augsburg, bei so einer Summe für die Kulturkreis GmbH, so sie denn tatsächlich im Haushalt eingestellt worden wäre – ich hätte jubelt. Und wir hätten doch nicht einen Antrag auf eine bescheidene Erhöhung um 25.000 € gestellt. Ich weiß nicht, wie sie diese Zahl hochgerechnet haben. Tatsächlich beträgt der Etat der Kulturkreis GmbH für Personal, Kulturprojekte und mit den Bauhofverrechnungen lediglich 408.000 €.

Wir können auch in diesem Jahr nur wiederholen, was wir schon in den letzten Jahren gesagt haben: CDU/GRÜNEN, FDP und auch die SPD begnügen sich mit der kulturellen Grundversorgung. Neue Ideen, die Gewinnung neuer Zielgruppen, die Verbesserung des jetzigen Angebotes (Stichworte: Kleinkunst, Kinder-Kulturkreis) werden nicht umgesetzt. Sie begnügen sich mit der Verwaltung des Bestehenden. Wir müssen aber auch sehen, und dies ist auch keine neue Erkenntnis, dass ein wesentliches Element der Schwalbacher Kulturarbeit, die ehrenamtliche Mitarbeit ist. Diese aufrechtzuerhalten wird immer schwieriger, die Leute die sich engagieren werden immer älter und die mittlere Generation hat keine Zeit. D.h. einiges muss kompensiert werden und dazu ist eben Geld notwendig. Eine Aufstockung um 25.000 Euro wäre ein bescheidener Beitrag zur Verbesserung der Kulturarbeit.

Kontraproduktive Kürzungen

Nun komme ich noch zu einem Punkt, der mir völlig unverständlich ist. FDP und SPD haben sich im Haupt- und Finanzausschuss im Wettbewerb der pauschalen Kürzungen überboten.

Die FDP forderte eine 4%ige Kürzung bei den Personalkosten und eine 5%ige Kürzung bei den Sach- und Dienstleistungen. Die SPD setzte noch eins drauf und forderte bei den Sach- und Dienstleistungen eine 10%ige Kürzung.

Nun sollte man eigentlich wissen, das sich hinter der Position 13 (Sach- und Dienstleistungen nach der neuen Haushaltssystematik sehr unterschiedliche Ausgaben verbergen. Dazu gehören zum Beispiel Ausgaben für Büromaterial, Porto, Telefon, Strom, Fernwärme, Wasser, Abwasser, Wartungskosten. (...) Gravierend ist aber, dass unter der Position „Sach- und Dienstleistungen“ auch die Kosten für soziale und kulturelle Projekte gehören. (...)

Insgesamt, über den ganzen Haushalt hinweg, macht die Position 13 (Sach- und Dienstleistungen) € 7.379.518 aus. Die Kürzung von 5%, der dann am Ende FDP, SPD und CDU/GRÜNE zustimmten, ergibt eine Einsparung von 369.000 €.

Wenn wir nur die Bereiche Kultur, Soziales und Gesundheit, also die Positionen 2, 3 und 4, nehmen, dann ergibt dies einen Gesamthaushaltsansatz von 1.374.626 € und die 5%ige Kürzung beträgt 63.481 €.

Für die Einrichtungen bedeutet dies:

- die Spielplätze müssen mit 7.145 € weniger auskommen;
- das Spielmobil erhält 1.748 € weniger;
- die beiden städtischen Kindergärten haben zusammen 14.374 € weniger im Etat;
- die beiden Schulkinderhäuser müssen eine Kürzung um 14.586 € hinnehmen;
- die Seniorenarbeit hat 1.890 € weniger zur Verfügung;
- und bei der Bücherei wurden 4.211 € gekürzt.

Wie gesagt dies sind nur die großen Brocken, auch für Behindertenarbeit, Jugendbildungswerk, Leseförderung, Schülerhilfe usw. usw. sind Kürzungen angesagt. Insgesamt beträgt der Spareffekt 63.481 €. Beim sozialdemokratischen Rotstift wären es 126.962 € gewesen.

Nun ist ja interessant, dass die Koalition in ihren Haushaltsänderungsanträgen keine pauschalen Kürzungen vorgeschlagen hat, sie konnte sich ja auf die FDP verlassen und hat dieser Variante natürlich zugestimmt. Die pädagogischen Aktivitäten in den Einrichtungen zu kürzen ist kontraproduktiv. Es ist völlig unverständlich, diese Aktivitäten mit dem Gebrauch von Büromaterial, dem Toilettenpapier, Telefon, Porto und was es sonst noch an Verwaltungskosten gibt, gleichzusetzen. Unser Kompromissvorschlag, die Bereiche 2,3 und 4 von den Kürzungen auszunehmen, wie wir dies schon einmal in der Koalitionszeit von SPD, FDP und UL getan haben, wurde leider von allen abgelehnt. Hier ist die UL die einzige Fraktion, die sich für die Einrichtungen und sozialen Projekte stark macht. Es ist eine traurige Bilanz der Haushaltsberatungen.

Schwalbach ist nur „Mittelmaß“

Schwalbach ist, trotz der engagierten Arbeit in den Einrichtungen, wohl doch nur „Mittelmaß“. Der eine oder andere wird sich, wenn er morgen die Zeitung aufschlägt, beruhigt zurücklehnen, kann er sich doch mit ganz Deutschland einig fühlen.

Nach einer (...) veröffentlichten internationalen Vergleichsstudie zu Kindern in Kindergärten und anderen Kindertageseinrichtungen in 25 Industrieländern von UNICEF ist Deutschland bei der Kinderbetreuung nur „Mittelmaß“. Armes Deutschland, dem seine Kinder so wenig wert sind. Da kann ich mit Heinrich Heine nur sagen: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht".

Alle Kinder in Deutschland, so UNICEF, müssen die Möglichkeit erhalten, die einmaligen Entwicklungschancen der ersten Lebensjahre zu nutzen. Dem quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung muss eine qualitative Weiterentwicklung entsprechen, die den Bedürfnissen und den unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder gerecht wird. (...)

Der Entwurf des Magistrates für das Haushaltsjahr 2009 setzte in diesem Sinne wichtige pädagogische Schwerpunkte, ist in sich ausgewogen und hätte mit einigen kleinen Änderungen und Ergänzungen unser aller Zustimmung verdient.

Die Koalition von CDU/GRÜNEN, an wesentlichen Punkten unterstützt von SPD und FDP, nehmen aber solch gravierende Streichungen vor, so dass wir diesem Werk in seiner Gesamtheit unsere Zustimmung verweigern müssen. (...)